



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

Wochenbericht KW 10
10.03.2017

<i>forsa</i>	<i>Emnid</i>	<i>FG Wahlen</i>	<i>infratest dimap</i>
--------------	--------------	------------------	------------------------

Wähleranteile:	Union zwischen 34 % und 32 %, SPD zwischen 33 % und 31 %
Wirtschaft:	Bei derzeitiger Wirtschaftsentwicklung überwiegen optimistische Erwartungen; langfristige Wirtschaftserwartungen eher pessimistisch
Weltpolitische Lage:	Sorge um den Weltfrieden Situation in den USA wird als größte Bedrohung wahrgenommen
Wichtigstes Thema:	Politische Situation in der Türkei

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	Emnid¹ für BamS	FG Wahlen² für ZDF	infratest dimap³ für ARD
CDU/CSU	33 (-)	33 (-)	34 (-)	32 (-2)
SPD	32 (+1)	33 (+1)	32 (+2)	31 (+3)
FDP	6 (-1)	6 (-)	5 (-1)	6 (-)
DIE LINKE	7 (-)	8 (-)	8 (+1)	8 (-)
B'90/Grüne	8 (-)	7 (-)	7 (-2)	8 (-)
AfD	8 (-1)	8 (-2)	9 (-1)	11 (-1)
Sonstige	6 (+1)	5 (+1)	5 (+1)	4 (-)
Erhebungszeitraum	27.02.-03.03.	02.-08.03.	07.-09.03.	06.-08.03.

Die Union liegt bei FG Wahlen 2 (-2) Prozentpunkte und bei forsa 1 (-1) sowie bei infratest dimap 1 (-5) Prozentpunkt vor der SPD. Bei Emnid liegen Union und SPD gleichauf.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	FG Wahlen² für ZDF
Merkel	38 (-)	44 (+6)
Schulz	36 (-1)	44 (-5)
keinen von beiden	26 (+1)	
weiß nicht/spontan: keinen		12 (-1)
Erhebungszeitraum	27.02.-03.03.	07.-09.03.

Angela Merkel liegt bei forsa 2 (+1) Prozentpunkte vor Martin Schulz. Bei FG Wahlen liegen Angela Merkel und Martin Schulz gleichauf.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (12.03.2017)

² im Vergleich zur KW 7

³ im Vergleich zum letzten ARD-DeutschlandTREND / KW 5

Problemlösungskompetenz

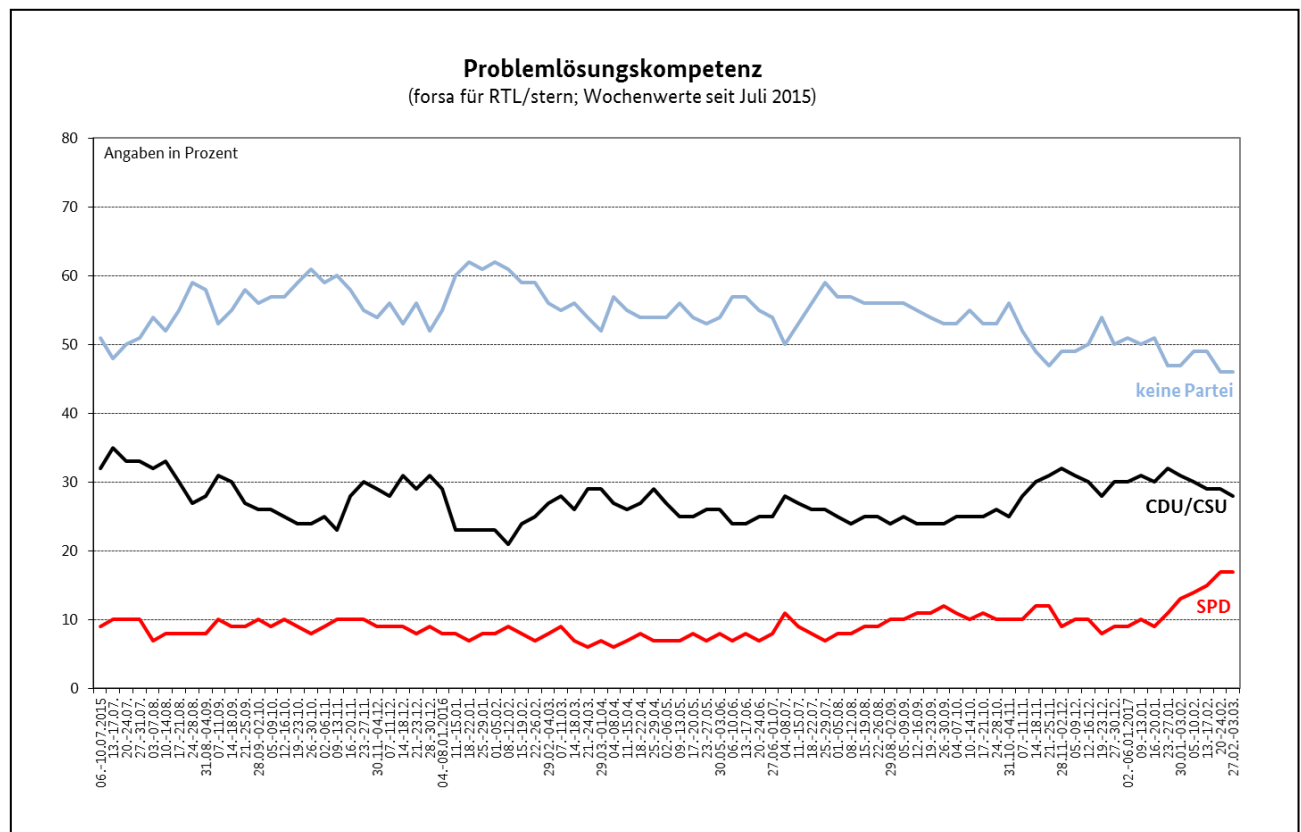
Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
CDU/CSU	28 (-1)	
SPD	17 (-)	
sonstige Parteien	9 (+1)	
keine Partei	46 (-)	
Erhebungszeitraum	27.02.-03.03.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 11 (-1) Prozentpunkte vor der SPD.

46 % (-) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

69 % (-2) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 50 % (-4) von ihrer Partei.



Derzeitige wirtschaftliche Entwicklung

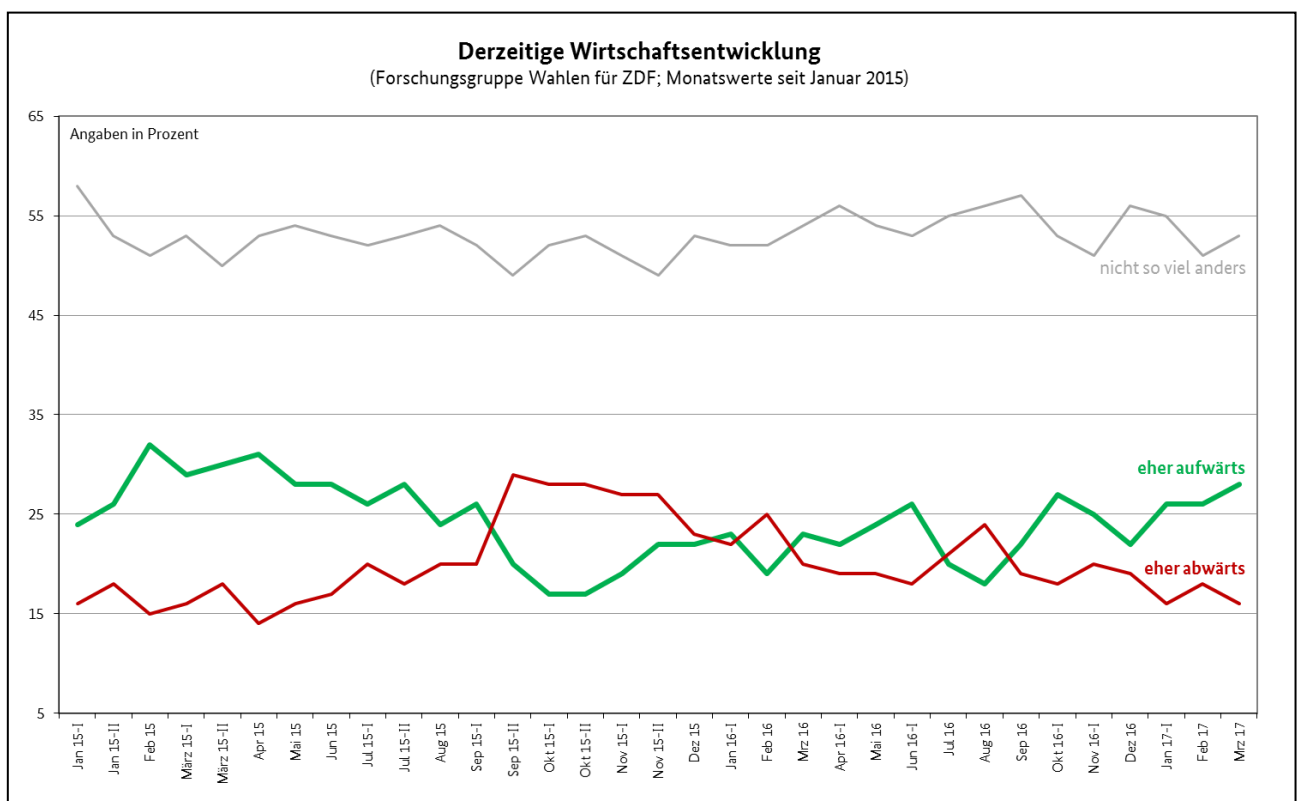
Angaben in Prozent

	FG Wahlen für ZDF
eher aufwärts	28 (+2)
eher abwärts	16 (-2)
nicht so viel anders	53 (+2)
Erhebungszeitraum	07.-09.03.

Die Einschätzung der derzeitigen wirtschaftlichen Entwicklung hat sich im Vergleich zur KW 7 verbessert.

Anhänger der FDP (40 %), der Union (35 %) und der Grünen (33 %) sehen überdurchschnittlich häufig einen Aufwärtstrend.

Anhänger der Linkspartei (35 %) sehen überdurchschnittlich häufig einen Abwärtstrend.



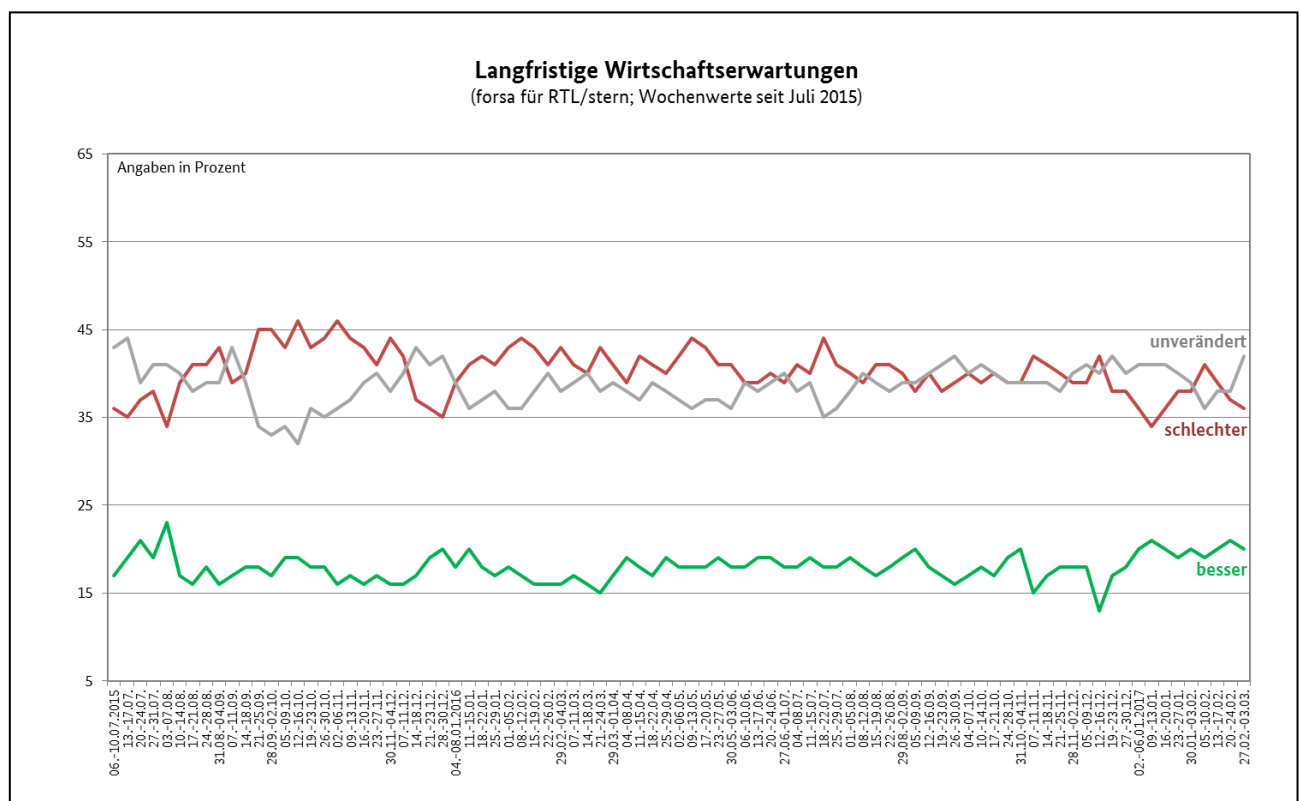
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
besser	20	(-1)
schlechter	36	(-1)
unverändert	42	(+4)
Erhebungszeitraum	27.02.-03.03.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche so gut wie nicht verändert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 16 (-) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



Machen Sie sich Sorgen um den Weltfrieden?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 7

	forsa für BPA	
sehr große	12	(-)
große	50	(+2)
wenig	30	(-1)
keine	8	(-)
Erhebungszeitraum	27.02.-03.03.	

Anhänger der SPD und der Linkspartei (jew. 68 %) machen sich überdurchschnittlich oft (sehr) große Sorgen um den Weltfrieden. Frauen machen sich häufiger (sehr) große Sorgen als Männer (73 % zu 51 %).

Anhänger der AfD (49 %) machen sich überdurchschnittlich häufig weniger bzw. gar keine Sorgen.

Weltweite Krisen(regionen) als Gefahrenquelle für Deutschland

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 7

	forsa für BPA	
USA	21	(-5)
Syrien	14	(+2)
Asylbewerber, Flüchtlinge	13	(+1)
Türkei	10	(+4)
Naher Osten, arabische Länder	9	(-1)
Islamischer Staat (IS)	7	(-1)
Krieg/Terrorismus allgemein	7	(-2)
Russland	6	(-1)
Ukraine	5	(-1)
Religion, religiöse Krisen/Kriege allgemein	4	(-)
Erhebungszeitraum	27.02.-03.03.	

Nach Meinung der Bundesbürger droht von der Situation in den USA die größte Gefahr für Deutschland.

Unter 30-Jährige (26 %) und Anhänger der FDP (30 %) nennen die Situation in den USA überdurchschnittlich häufig als größte Gefahrenquelle für Deutschland.

Anhänger der AfD (32 %) nennen am häufigsten die Flüchtlingssituation als größte Gefahrenquelle für Deutschland.

Aus der Sicht von über 60-Jährigen (15 %) und Anhängern der AfD (17 %) droht überdurchschnittlich oft von der Lage in der Türkei die größte Gefahr für Deutschland.

Rolle Deutschlands in der Weltpolitik

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 7

	forsa für BPA	
sollte mehr Verantwortung übernehmen	36	(-)
sollte weniger Verantwortung übernehmen	8	(-)
Deutschland tut bereits genug	53	(-)
Erhebungszeitraum	27.02.-03.03.	

Personen mit hoher formaler Bildung, Gutverdiener (jew. 43 %) und Männer (41 %) sowie Anhänger der Grünen (50 %), der FDP (48 %), der Linkspartei (46 %) und der SPD (42 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Weltpolitik übernehmen sollte.

Hingegen sind Anhänger der AfD (29 %) überdurchschnittlich oft der Ansicht, dass Deutschland weniger Verantwortung übernehmen sollte.

Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung (60 %), Frauen (59 %) und Personen mit mittlerem Einkommen (57 %) sowie Anhänger der Union (58 %) meinen überdurchschnittlich häufig, dass Deutschland bereits genug tut.

Rolle Deutschlands in der EU

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 7

	forsa für BPA	
nimmt zu viel Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	40	(+1)
nimmt zu wenig Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	15	(-)
verhält sich alles in allem genau richtig	41	(-1)
Erhebungszeitraum	27.02.-03.03.	

Ostdeutsche (49 %), Personen mit mittlerer formaler Bildung (48 %) und 30- bis 44-Jährige (45 %) sowie Anhänger der AfD (69 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu viel Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Anhänger der Linkspartei (39 %) sind hingegen überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Personen mit hoher formaler Bildung (46 %) und Anhänger der Union (51 %) finden das Verhalten Deutschlands überdurchschnittlich häufig genau richtig.

Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
Politische Situation in der Türkei (Inhaftierung von Yücel, Pressefreiheit, Erdogan-Wahlkampf)	41 (+31)
US-Präsidentschaft Donald Trump	26 (-11)
Flüchtlingsströme/Europäische Einwanderungspolitik	12 (+2)
Ausländer in Deutschland, Zuwanderungs-, Asylpolitik	7 (-1)
Kanzlerkandidatur SPD	5 (-5)
Erhebungszeitraum	07.-08.03.

Die Bundesbürger beschäftigen sich in dieser Woche am meisten mit der politischen Situation in der Türkei. Überdurchschnittlich häufig sehen Anhänger der AfD (61 %), der Grünen (60 %), der Union und der Linkspartei (jew. 49 %) dieses Thema als das wichtigste der Woche an. Über 50-Jährige nennen es häufiger als unter 35-Jährige, Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (jew. 49 % zu 25 %) und Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (47 % zu 35 %). Ostdeutsche (33 %) nennen es unterdurchschnittlich oft.

Anhänger der Grünen (41 %) und der FDP (34 %) erwähnen die US-Präsidentschaft Trumps überdurchschnittlich häufig. Gutverdiener nennen es häufiger als Geringverdiener (34 % zu 16 %) und Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (34 % zu 21 %). Ostdeutsche (18 %) und Anhänger der AfD (8 %) nennen es unterdurchschnittlich oft.

